

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

29.5.1922 (No. 123)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 72 M. — Einzelnummer 1.— M. — Anzeigengebühr: 1.70 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Entschädigungsansprüche u. Einigungsverfahren.

** Die im § 31 der Entschädigungsordnung vom 30. Juli 1921 vorgesehene Möglichkeit, die unter das Verdrängungs-, das Kolonial- und Auslandschädengesetz fallenden Entschädigungsansprüche im beschleunigten Einigungsverfahren zu regeln, scheint nicht in dem Maße in der Öffentlichkeit bekannt zu sein, wie dies im Interesse des Reichs und der Geschädigten liegt. Von einer Beschreitung dieses Weges ist eine wesentliche Entlastung der Spruchkammern und eine erhebliche Beschleunigung des Entschädigungsverfahrens zu erwarten. Es kann den Geschädigten nur dringend nahegelegt werden, in möglichst großem Umfang von der Möglichkeit des Abschlusses von Einigungsverfahren Gebrauch zu machen.

Die äußere Kennzeichnung von Waren.

** Die Bekanntmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 18. Mai 1916 ist im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit Rücksicht auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Die Bekanntmachung schreibt vor, daß gewisse Waren (z. B. Konserven, diätetische Nahrungsmittel, Suppen und Puddingpulver, Kaffee-, Tee- und Kakaoersatzmittel, Kunsthonig und Marmelade, Schokolade und Kakaopulver, Zwieback und Reis), wenn sie in geschlossenen Packungen oder Behältnissen an den Verbraucher abgegeben werden, auf der Packung den Namen des Herstellers, die Zeit der Herstellung, die Menge des Inhalts und den Kleinverkaufspreis enthalten müssen. In der neuen Fassung der Bekanntmachung, die soeben im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird, ist in Übereinstimmung mit einem Gutachten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats die Verpflichtung zum Aufdruck des Kleinverkaufspreises auf der Packung weggefallen. Der Aufdruck der Herstellungszeit ist nur noch für Fischkonserven sowie Milch- und Schmelzkonserven beizubehalten, im übrigen aber beseitigt worden. Beizubehalten ist die Verpflichtung zur Angabe der Herstellerfirma und des Inhalts nach handelsüblicher Bezeichnung und Maß oder Gewicht. Außerdem sind in der Abgrenzung der Waren, auf die die Bekanntmachung Anwendung findet, einige kleinere Änderungen vorgenommen worden.

Das Schlachtverbot für tragende Kühe.

** Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat neuerdings darauf hingewiesen, daß z. Bt. insbesondere auf Schlachtmärkten tragende Kühe in großer Zahl als Schlachttiere zum Verkauf gestellt werden. Die Schlachtungen solcher Tiere bedeuten aber eine ernste Gefahr für die Viehzucht sowie die Fleisch- und Milchversorgung.

Das Ministerium des Innern macht daher darauf aufmerksam, daß die mit der Bundesratsverordnung vom 26. August 1915 sowie mit den entsprechenden badischen Verordnungen erlassenen Schlachtverbote für tragende Kühe noch in Kraft stehen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

** Eine bereits kürzlich gemeldete gewisse Zurückhaltung von Aufträgen machte sich auch in der Berichtswochen bemerkbar, gleichwohl kann die Lage im allgemeinen als günstig angesehen werden.

Gut geblieben ist vor allem die Nachfrage in der Landwirtschaft (die vornehmlich Knechte, Mägde und Keller benötigte), ferner im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, im Schneidergewerbe und im Bauhandwerk.

In der Industrie der Steine und Erden hat der sehr starke Bedarf an Steinhauern und Steinbrechern unvermindert angehalten, besonders sind Granitsteinhauer und -spalter gesucht.

In der Metall- und Maschinenindustrie hält ein gewisser Bedarf an Facharbeitern noch an, hoch beschäftigt ist die Edelmetallindustrie.

Eine berufliche Unterbringung stellenfuchender Wäcker und Metzger ist nach wie vor nur sehr schwer möglich, hingegen war die Nahrungsmittelindustrie in der Berichtswochen wiederum imstande, eine größere Anzahl jugendlicher und erwachsener Arbeiter bezw. Arbeiterinnen aufzunehmen. Auch die Nachfrage nach Zigarettenschneidern im Genussmittelgewerbe hat etwas zugenommen.

Im Gastwirtsgeerbe machte sich nicht nur lebhafter Bedarf an weiblichem, sondern auch an männlichem Küchenpersonal geltend.

* England und Frankreich.

Die Zeitungen, die nach dem Ende der Konferenz von Genua meinsagten, Lloyd George werde bei seiner Rückkehr nach England keinen leichten Stand dem Parlament und der öffentlichen Meinung gegenüber haben, sind gründlich im Irrtum gewesen. Lloyd Georges Stellung ist heute fester denn je, und die große Mehrheit des britischen Volkes erblickt in ihm den rechten Führer zur rechten Zeit. An Lloyd George selbst wird es sein, sich in dieser Stellung zu behaupten.

Was das Ergebnis der Konferenz von Genua betrifft, so wird es in England im wesentlichen richtig beurteilt. Man ist sich völlig klar darüber, daß es nach Lage der Dinge nicht möglich gewesen ist, mehr zu erreichen. Der politische Instinkt des Briten hat ausgereicht, um Vorwürfe gegen Lloyd George auf ein Minimum zu beschränken.

Gewiß ist richtig, daß Lloyd George vor Eröffnung der Konferenz und anlässlich der ersten Sitzungen Worte gesprochen hat, die einen ziemlich heftigen Optimismus verrieten. Und ebenso ist es richtig, daß sich dieser Optimismus nicht bewährt hat. Aber die Engländer sind einsehend genug um sich zu sagen, daß der Vorkämpfer einer Idee, wenn er andere gewinnen will, propagandistisch vorzugehen hat. Und eine Propaganda ohne Optimismus ist undenkbar. Nur diesem Optimismus und dieser propagandistischen Fähigkeit Lloyd Georges ist es zu danken, daß die Konferenz überhaupt zustande kam und über fünf Wochen zusammenblieb. Und der diplomatischen Geschicklichkeit desselben Lloyd George ist es zu danken, daß die Konferenz immerhin ein friedliches Ende erreichte und wertvolle Fundamente errichtete für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Zukunft.

Lloyd George selbst hat vor dem Parlament dieselben Gedankengänge vertreten. Er hat betont, daß man vor unendlichen Schwierigkeiten stehe und nur schrittweise vorgehen könne. Die Hauptfrage ist, daß jeder Schritt, der getan wird, uns näher zum Ziel heranzuführt. Und wer wollte leugnen, daß die Konferenz von Genua, im Ganzen betrachtet, einen solchen Schritt darstellt? Abgesehen von den Ultra-Konservativen, hat Lloyd George mit seiner bisherigen Außenpolitik das ganze englische Volk auf seine Seite zu ziehen gewußt. Und immer mehr verbreitet sich drüben in England die Empfindung, daß es für das Vereinigte Königreich nicht nur nützlich, sondern auch ruhmvoll ist, Führer zu sein auf dem Wege zur Wiedergeburt der Welt.

In Frankreich liegen die Dinge etwas anders. Es hat sich gezeigt, daß die Politik Poincarés auf wachsenden Widerstand bei der äußersten Rechten und bei der äußersten Linken stieß. Den einen ist er zu gahm, und den andern ist er zu imperialistisch. Die Bestrebungen zur Begründung eines Links-Blocks haben infolgedessen einen besonderen Antriebs erhalten, und man rechnet damit, daß demnächst ein solcher Links-Block in aller Form in Erscheinung treten wird. Das bedeutet natürlich eine Stärkung der Opposition. Verfolgt man daneben die privaten Äußerungen, die vielfach aus Frankreich zu uns herüberdringen, so gewinnt man den Eindruck, daß die französische Bevölkerung lange nicht so chauvinistisch denkt und fühlt, wie die Kammermehrheit. Und man erinnert sich daran, daß die Konstituierung des nationalen Blocks in der Kammer seinerzeit unter deutlicher Mißachtung eines Teils der Wählerschaft erfolgt ist. Ja, man kann von französischen Politikern hören, daß der nationale Block von der Bildfläche verschwinden würde, wenn jetzt neue Wahlen stattfinden würden. Ob diese Prophezeiungen richtig sind, können wir von hier aus schwer beurteilen. Zutreffend ist sicherlich das eine, nämlich, daß die nationalistische Kammermehrheit nicht das getreue Abbild der wahren Stimmungen der französischen Bevölkerung ist.

Und so mögen es denn nicht nur außenpolitische und nicht nur finanzpolitische, sondern auch innenpolitische Erwägungen gewesen sein, die Poincaré eine gewisse Mäßigung, und zwar vor allem in der Reparationsfrage, nahe legten. Diese Mäßigung mußte natürlich auch auf die Beziehungen zwischen England und Frankreich abfärben. Und so sehen wir im Augenblick, daß die Verhandlungen über die Bewilligung einer internationalen Anleihe bis zum Abschluß gediehen

find, daß der verhängnisvolle Termin des 31. Mai von Poincaré selbst fallen gelassen wird.

Bezeichnenderweise hat aber dies alles den britischen Ministerpräsidenten nicht abhalten können, sich nochmals sehr entschieden über die Politik zu äußern, die England für die nächste Zeit durchzuführen gedenkt, und dabei nochmals — den Franzosen — ohne sie allerdings wörtlich zu nennen — vor Augen zu halten, daß England diese Politik nicht etwa zum Vergnügen betreibt, sondern aus wohlwollenden Gründen und auf der Basis der Tatsache, daß ja auch Großbritannien an dem Kriege, der hinter uns liegt, entscheidenden Anteil genommen hat.

Lloyd George hat in dieser seiner neuesten Rede, die er bei einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück im „Hotel Cecil“ hielt, Frankreich darauf aufmerksam gemacht, daß Großbritannien im Kriege 9,5 Millionen Mann mobilisiert hat, und daß 5 bis 6 Millionen von diesen Menschen nach Frankreich gegangen sind. England habe im Kriege 3 266 000 Mann verloren. Das seien allerdings Zahlen, die England das Recht einräumen, zu sagen, welcher Friede in der Welt hergestellt werden solle. Aber diese Zahlen ergäben für die britische Regierung nicht nur ein Recht, sondern geradezu eine Pflicht.

Im Namen all jener Millionen, die gekämpft haben, im Namen all der Millionen, die gefallen sind oder zu Krüppeln geschossen wurden, ist die britische Regierung nach Genua gegangen, um dort zu erklären, daß in der Welt Friede herrschen muß. „Großbritannien, das seine Macht in dem Kampfe einsetzte, um den Sieg zu erringen wird nunmehr seine gesamte Macht einsetzen, um den Frieden in der Welt zu schaffen und das Wohlwollen unter den Menschen herzustellen. . . Großbritannien ist nicht außer Gefahr, die Welt ist nicht außer Gefahr, die Menschheit ist nicht außer Gefahr. Es bestehen Gefahren in der Ferne, und es gibt Gefahren näher an unserer Küste, es gibt schließlich auch Gefahren auf unseren Inseln. So wollen wir auch jetzt den Geist des Zusammenwirkens zeigen, bis die letzte Gefahr vorbei ist und Großbritannien der Welt bis zu Ende durchgeholfen kann.“

Wenn man diese Sätze liest, wirft sich ganz von selbst die Frage auf, welche Rolle denn der Friedensvertrag von Versailles im Rahmen einer solchen Politik spielen soll. Nach Ansicht der Franzosen ist es doch dieser Vertrag, der endgültig den Frieden schafft. Hier hören wir aber aus Lloyd Georges Munde, daß ein wahrer Friede überhaupt noch gar nicht besteht, daß ein solcher Friede erst geschaffen werden soll. Noch immer scheut sich Lloyd George, ganz offen das Wort „Revision der Friedensverträge“ auszusprechen. Aber dem Sinne nach sind seine Sätze doch wohl nur so zu verstehen, daß er, wenn schon nicht eine regelrechte Revision, so doch eine vernünftige Auslegung und Modifizierung der Friedensverträge wünscht.

In England hat man eben in den letzten Monaten eingesehen, daß der Friedensvertrag von Versailles nicht nur ganz allgemein eine kapitale Torheit gewesen ist, sondern gerade für England selbst einen der schwersten Fehler bedeutet, den sich je die britische Politik geleistet hat. Und man will zweifellos von diesem Vertrag loskommen oder ihn doch so interpretieren, daß seine gefährlichsten Spitzen einigermaßen umgebogen werden.

Offenbar ist es immer noch die Hoffnung Lloyd Georges, Frankreich auf diplomatischem Wege dazu bringen zu können, daß es den englischen Standpunkt begreift, und an die Stelle einer Politik des toten Buchstabens eine Politik lebenspendender Vernunft setzt. Ob diese Hoffnung Lloyd Georges durch das Verhalten Frankreichs gerechtfertigt werden wird, weiß heute jedoch niemand zu sagen. Lloyd George macht Politik auf lange Sicht. Und es ist schon möglich, daß es seiner geduldrigen Fähigkeit gelingen wird, Frankreich in aller Güte zum Einlenken zu bewegen. Was geschieht aber, wenn Frankreich, geführt von nationallistischen Heißspornen, bei seinem bisherigen Standpunkt beharrt? Das ist die schicksalsschwere Frage, die hinter der Politik steht, die Lloyd George bis jetzt mit so großer Unermüdblichkeit und Ausdauer vertreten hat.

